

Strahlentelex

mit ElektromogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288

www.strahlentelex.de

Nr. 540-541 / 23. Jahrgang, 2. Juli 2009

**Atomlager Asse:
Lug und Trug von Anfang an: Atomkonzerne drückten Sicherheitsstandards, heimliche Allianz zwischen Aufsichtsbehörden und Stromkonzernen**
Seite 2

**Atomwirtschaft:
Neue Sicherheits- und Prüfkriterien für AKW sollen erst nach 15 Monate lang an den veralteten Regeln gemessen werden.**
Seite 4

**Verbraucherschutz:
„Keine radioaktiv belasteten Holzpellets aus dem Baltikum auf dem deutschen Markt“.
Asche und Rauch sind besonders gefährlich.**
Seite 6

**3. Juli bis 5. Sept. 2009:
Bundesweite Aktionen gegen Atomenergie von Juli bis September. Großdemonstration am 5. September 2009 in Berlin.**
Seite 7

Atommüll

Endlager ohne Ende

Vom 17. bis 19. Juni 2009 hatte die Evangelische Akademie Loccum zu einer Tagung zur Atommüllproblematik eingeladen. Trotz des problematischen Termins mitten in der Woche konnte die Studienleiterin Dr. Monika C. M. Müller 80 Teilnehmer aus Behörden, Verbänden, Wirtschaft und Politik begrüßen. Vor allem die Vorkommnisse in der Asse II hätten den Anstoß gegeben, die unterschiedlichen Akteure an einen Tisch zu bekommen, um politische Lösungen in der Atommüllendlagerung auszuloten. Doch die Chancen der Ver-

ständigung scheinen gering. Die Suche nach Wegen zu einer Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland sei aus unterschiedlichen Gründen verstellt, unterstrich Wolfgang Ehmke für die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) auf der Tagung. In den Kreisen der Industrie würde auf die bereits getätigten Investitionen in Gorleben verwiesen, über eine vergleichende und ergebnisoffene Endlagersuche seien die Koalitionspartner in Berlin zerstritten und die Umweltverbände sowie Anti-AKW-Initiativen pochten auf die Prämisse des Atomausstiegs,

bevor zum Reizthema Atommüll konstruktiv Stellung bezogen würde.

Heike Wiegel von der Asse-Begleitgruppe hatte zuvor noch einmal die Skandalgeschichte des absaufenden Endlagers skizziert, das nur zu einem geringen Teil als Forschungseinrichtung, zum überwiegenden Teil jedoch als billige Atommülldeponie genutzt wurde. Politische Vorgaben und nicht geologische Erwägungen hätten dort den Ausschlag gegeben, räumte Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, in der Debatte ein.

König machte sich stark für die Empfehlungen des Arbeitskreises Endlagerung (AkEnd), der sich unter der Rot-Grünen Bundesregierung auf ein transparentes und vergleichendes Suchverfahren verständigt hatte. Ohne ein solches Verfahren würden am Ende Klagen gegen Gorleben das Projekt über Jahre blockieren können. „Auf diesem Wege ließen sich auch die Verfahrensfehler in Gorleben heilen“, hofft König und spielte auf die undurchsichtigen Gründe für die Standortbenennung an. „Ein weiter so

in Gorleben kann es nicht geben“, räumte er ein. Seit Beginn des Moratoriums im Jahr 2000 hätten sich die Rahmenbedingungen verändert. Es würde kein Ein-Endlagerkonzept mehr verfolgt, weil mit dem Schacht Konrad ein Endlager für die schwach- und mittelaktiven Abfälle genehmigt sei, der Stand von Wissenschaft und Technik habe sich weiterentwickelt und die mögliche Rückholbarkeit der Abfälle werde als Option diskutiert.

Dissens herrschte in der Diskussion über die Folgerungen, die aus dem Asse II-Debakel hinsichtlich des prospektiven Endlagers im Salzstock Gorleben zu ziehen sind. Die Vorfestlegung auf Gorleben allen geologischen Bedenken zum Trotz manifestiere sich in dem Eingeständnis, daß erhebliche Mittel schon in den Ausbau zum Endlager geflossen seien. Derartige Fehler der Standortsuche ließen sich nicht heilen, unterstrich Wolfgang Ehmke in seinem Referat. Vor kurzem hatte die BI vorgerechnet, daß von den 1,51 Milliarden Euro, die in Gorleben versenkt wurden, rund 50 Prozent bereits für

den Ausbau eines Endlagers verwandt wurden: „Das Vertrauen in die Redlichkeit der Politik ist grundlegend zerstört, in der Asse II wie in Gorleben.“

„Handlungsfähigkeit der Regierung gefährdet“

Die „Handlungsfähigkeit der Regierung“ sei gefährdet, würde sie jetzt – 32 Jahre (!) nach der Standortbenennung Gorlebens als Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ) – die Kabinettsakten öffnen, beschied die Niedersächsische Staatskanzlei. Das berichtete die SPD-Landtagsabgeordnete Andrea Schröder-Ahlers von der jüngsten Sitzung des niedersächsischen Umweltausschusses. Sie vermutet, daß es da etwas zu verbergen gibt.

Für die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) spricht aus der Reaktion der Staatskanzlei das Eingeständnis, daß die Wahl Gorlebens „nichts, aber auch gar nichts“ mit einem wissenschaftlich begründeten Auswahlverfahren zu tun hatte, das ist aus Sicht der Kritiker der „Geburtsfehler“ Gorlebens. Denn 1979, zwei Jahre nach der Standortbenennung, hatte der damalige CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht unter dem Eindruck der Protestwelle auf das Kernstück des NEZ, die Wiederaufarbeitungsanlage, verzichtet, an der Erkundung des Salzstocks Gorleben als Atommüllendlager aber festgehalten.

„Daß drei Dekaden später die CDU-geführte Regierung gar von der Bedrohung ihrer Handlungsfähigkeit spricht, würden diese Akten einsehbar, kommt dem blanken Eingeständnis gleich, daß sachfremde Kriterien bei der Wahl Gorlebens eine entscheidende Rolle gespielt haben. Gerade ist die Erkundungslüge aufgefliegen, nun muß auch endlich die Wahrheit ans Licht, warum der damalige CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht auf Gorleben verfiel“, fordert die BI.

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg: „Dialogbereitschaft mangelhaft“

Aus Anlaß seines 20-jährigen Jubiläums lud das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) am 6. Juni 2009 zum Tag der offenen Tür. Atomkraftgegner der Endlagerstandorte Schacht Konrad, Asse II, Morsleben und Gorleben folgten der Einladung und protestierten vor der Tür. Sie empfingen Mitarbeiter und Gäste mit Traktor, Transparenten und Widerstandspuppen aus dem Wendland. Sigmar Gabriel, der Bundesumweltminister, sollte ihnen Rede und Antwort stehen. Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI): „Das BfS und der Umweltminister gefallen sich derzeit in der Pose als Asse II- und Morsleben-Sanierer, sie sind zugleich die Konrad- und Gorleben-Macher.“ Doch Gabriel brüskierte die Atomkraftgegner und verweigerte nach der Eröffnungsrede den Dialog.

Sigmar Gabriel hatte zunächst den Mitarbeitern des BfS seinen Dank ausgesprochen, den Paradigmenwechsel der Politik in Sachen Atomkraft – von einer Befürwortung in den 1990er Jahren hin zur Ablehnung seit der Abwahl der Regierung Kohl – mit vollzogen zu haben. Er räumte ein, daß in der Vergangenheit große Fehler in der Atommüllpolitik begangen wurden. „Ein Fehler war, daß nicht sachgerecht gehandelt wurde, sondern daß politische Vorgaben zu erfüllen waren“, sagte der Minister mit Blick auf das Desaster in der Asse II. Dialogbereitschaft und Transparenz seien gefordert, der kritische Sachverstand von Bürgerinitiativen müsse in die Arbeit des Bundesamtes mit einfließen.

Die Wahl Gorlebens als Standort für ein nukleares Endlager sei wegen der Nähe zur Zonengrenze und wegen der geringen Bevölkerungs-

dichte erfolgt, ergänzte der Bundesumweltminister – ein Stichwort für Wolfgang Ehmke, der Gabriel aufforderte, sich zu den Kosten zu äußern, die in Gorleben einerseits für die Erkundung des Salzstocks, andererseits für den Ausbau eines Atommüllendlagers angefallen sind. Ehmke: „Denn auch in Gorleben wurde kein transparentes Auswahlverfahren angewandt und der teilweise Ausbau des Erkundungsbergwerks ohne ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren zum Atommüllendlager folgt ebenso sachfremden politischen Vorgaben. Jahrelang wurde die Öffentlichkeit über den wahren Charakter der Erkundung in Gorleben getäuscht.“

Doch statt einer Antwort verließ Gabriel sichtlich verstimmt über das Intermezzo das Podium – entgegen einer vorherigen Zusicherung durch den Präsidenten des BfS, Wolfram König, sich Fragen zu stellen. „Dialogbereitschaft mangelhaft, das war also nur eine Sonntagsrede am Samstag“, urteilten die Gorleben-Gegner.

Sie hatten ihr Erscheinen öffentlich angekündigt, eine Hundertschaft Polizei sicherte den Veranstaltungsort. Beamte in Zivil folgten den Gorleben-Gegnern auf ihrer Rückfahrt ins Wendland bis nach Braunschweig.

Atommüllendlagerung – lauter Lügengebäude

Der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel trägt dick auf – bisher lediglich zur Asse II: „Wir haben jetzt in Akten den Beweis dafür gefunden, daß die Behauptung, Asse sei ein Forschungsbergwerk gewesen, erstunken und erlogen war. Sie war von Anfang an als Endlager vorgesehen – die Atomwirtschaft hat Asse benutzt, um sogar noch Kosten für die Zwischenlager zu sparen. Man hat einfach den Atommüll hineingekippt und sich noch erdreistet zu for-

dern, daß die Kosten möglichst niedrig bleiben sollen.“

„Die gleichen deftigen Worte wie hier zitiert hätte der Umweltminister auch für Gorleben finden können. So dick haben wir gar nicht aufgetragen, als vor kurzem bekannt wurde, daß der Salzstock Gorleben in den 1990er Jahren bereits als Endlager ausgebaut wurde“, kommentiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Seit Beginn der 1980er Jahre, erinnert die BI, galt das „Erkundungsbergwerk“ sogar als Entsorgungsnachweis (!) für den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken, obwohl dort bisher kein einziges Gramm Atommüll eingelagert wurde und der Salzstock unter Fachleuten sehr umstritten ist. Erst mit der Novelle des Atomgesetzes im Jahr 2000 wurde dieser Passus gestrichen, doch mit der Veränderungssperre, einer Verordnung aus dem Jahr 2005, flugs wieder als Endlagerstandort zementiert. Im Planungsgebiet dürfen seitdem „die Standorterkundung erheblich erschwerende Veränderungen unterhalb einer Tiefe von 50 Metern (gemessen ab der Geländeoberkante) und im übrigen Planungsgebiet von 100 Metern“ nicht vorgenommen werden. Es werde vermutet, daß „Veränderungen des Untergrunds (...) die Standorterkundung erheblich erschweren“, zitiert die BI aus dem Text der Verordnung. „Allein diese Verordnung dokumentiert schon die Vorfestlegung auf Gorleben. Mit den Worten Gabriels: Wer heute behauptet, der Salzstock würde ergebnisoffen erkundet und es gäbe ein faires, transparentes Suchverfahren, der lügt.“

Wolfgang Ehmke, <http://www.biluechow-dannenberg.de> ●